

Der IWF und der historische politische Wandel in Sri Lanka

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Sie sehen theAnalysis.news, ich bin Talia Baroncelli. Heute spreche ich mit dem politischen Ökonomen Devaka Gunawardena. Wir befassen uns mit der National People's Power Koalition in Sri Lanka und der Frage, ob diese linksgerichtete Regierung die IWF-Umstrukturierung fortsetzen oder sich von der neoliberalen Politik abwenden wird. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, besuchen Sie unsere Website theAnalysis.news und klicken Sie oben rechts auf den Spenden-Button. Tragen Sie sich in unsere Mailingliste ein, damit alle unsere Inhalte direkt an Ihren Posteingang gesendet werden. Sie können unseren YouTube-Kanal abonnieren und liken oder uns auf Spotify oder anderen Streaming-Diensten wie Apple verfolgen. Bis gleich mit Devaka Gunawardena.

Bei mir zu Gast ist jetzt Dr. Devaka Gunawardena. Er ist ein politischer Ökonom und Forschungstipendiat bei der Social Scientists Association in Sri Lanka. Er promovierte in Anthropologie an der University of California in Los Angeles. Vor Kurzem hat er zusammen mit Ahilan Kadirgamar einen ausgezeichneten Artikel mit dem Titel The Sri Lankan Left's Long Road to Power (Die srilankische Linke auf dem langen Weg zur Macht) verfasst. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind, Devaka. Es ist wirklich toll, Sie bei uns zu haben.

Devaka Gunawardena (DG): Vielen Dank, Talia. Ich freue mich, hier zu sein.

TB: Ich würde gerne mit Ihnen über die politische Chance sprechen, die sich derzeit für die Linke in Sri Lanka bietet. Im September wurde Anura Kumara Dissanayake zum Präsidenten gewählt und seine National People's Power Koalition konnte im November bei den Parlamentswahlen eine Zweidrittelmehrheit erzielen. Sie erhielten 159 von 225 Sitzen, was absolut historisch ist, da die Linke in Sri Lanka seit den 1970er Jahren nicht mehr in einer Mehrheitsposition in der Regierung vertreten war.

Bevor wir uns mit den Auswirkungen auf die Koalitionsbildung in Sri Lanka befassen, wollte ich Sie nach der wirtschaftlichen Krise fragen, die Sri Lanka erlebt hat, und nach dem 2022 unterzeichneten IWF-Abkommen, nachdem die Regierung Rajapaksa Bankrott erklärt hatte.

DG: Ja, natürlich. Wo man bei der Erklärung der Wirtschaftskrise ansetzt, hängt definitiv von der politischen Perspektive ab. Als die Krise mit der COVID-19-Pandemie begann, konzentrierten sich viele Einrichtungen in Sri Lanka auf die Steuersenkungen der Regierung von Gotabaya Rajapaksa im Jahr 2019. Man argumentierte, dass dadurch ein nicht tragbares Haushaltsdefizit entstanden sei und das Land im Wesentlichen in diese sehr ungünstige wirtschaftliche Lage versetzt worden sei. Aber eigentlich gehört noch viel mehr dazu. Im Wesentlichen ist Folgendes passiert: Sri Lanka verlor durch die Pandemie viele seiner wichtigsten Devisenbringer, nämlich den Tourismus und die Überweisungen von Wanderarbeitnehmern. Einige Jahre später erholte sich das Land zwar wieder, aber die Auswirkungen waren schwerwiegend. Der Tourismus kam im Jahr 2020 praktisch zum Erliegen. Sri Lanka wurde von internationalen Ratingagenturen abgewertet und vom Kapitalmarkt ausgeschlossen.

Auch hier sind ein paar Hintergrundinformationen nötig. Wenn wir noch ein wenig weiter zurückgehen, bis zum Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2009, so wurde dieser von Gotabayas älterem Bruder Mahinda gewonnen, und das unter einem hohen, sehr hohen, enormen menschlichen Preis. Zehntausende Zivilisten starben. Es war ein brutales Ergebnis. Aber Rajapaksa verkündete den Beginn einer neuen Entwicklungsphase. Wieder gingen viele Menschen davon aus, dass er viel staats-orientierter handeln und in Bezug auf die Wirtschaftspolitik Sri Lankas mehr auf die alten Traditionen zurückgreifen würde. Seine Regierung leistete wirklich Pionierarbeit bei der Nutzung von Staatsanleihen. Sie hatten bereits 2007 eine Staatsanleihe herausgegeben, aber nach 2009 kam es zu einer regelrechten Welle. Außerdem gab es eine riesige Welle spekulativen Kapitals, Menschen kamen ins Land, um in Luxusimmobilien zu investieren. Die Skyline des ganzen Landes hat sich praktisch verändert, vor allem in Colombo. Es wurden all diese Straßen, Häfen und Flughäfen gebaut.

Auch das wurde in den westlichen Medien vielleicht als chinesische Schuldenfalle dargestellt. Aber eigentlich ging es vielmehr um die staatliche Kreditaufnahme, weil Rajapaksa sich an diese Kapitalmärkte wandte, die von westlichen institutionellen Investoren, Firmen wie BlackRock und anderen Hedgefonds dominiert wurden. Sri Lanka zahlte für diese Kredite exorbitante Zinsen, und die Investoren taten nicht viel damit. In einigen Fällen lagen die Zinsen für einige dieser Anleihen bei 7–8 %. Nach zehn Jahren hatten die Investoren, die die von Sri Lanka ausgegebenen Anleihen gekauft hatten, ihre Investitionen im Wesentlichen wieder hereingeholt. Sie hatten praktisch das Doppelte ihrer Investition erhalten. Sri Lanka war gezwungen, diese wirklich hohen Zinssätze als Entwicklungsland zu zahlen, und zwar aufgrund dieser Ratingagenturen. Es handelt sich hier um ein viel größeres institutionelles Gefüge, was die Rajapaksas jedoch nicht von ihrer Verantwortung für Korruption und all die anderen brutalen Dinge, die sie getan haben, entbindet. Es handelt sich definitiv um ein systemisches globales Phänomen.

Nur um Ihnen ein Beispiel zu geben: Ich war letztes Jahr auf einer Konferenz in Ghana, wo erwähnt wurde, dass Ghana 2007 mit der Ausgabe von Euro-Anleihen begonnen hatte. Gleichzeitig oder während der globalen Finanzkrise floss all dieses Kapital in diese aufstrebenden Märkte wie Sri Lanka. Aber dann kam COVID, all diese anderen Probleme

traten auf, und all dieses Kapital floss zurück in den Westen. Länder wie Sri Lanka, die Kredite aufgenommen hatten, befanden sich plötzlich in einer sehr, sehr schlechten Situation. Wir können näher auf die Geschichte eingehen, und ich bin sicher, dass wir im weiteren Verlauf über die Öffnung der Wirtschaft in den späten 1970er Jahren sprechen werden, was ebenfalls zu diesem ganzen Prozess beigetragen hat. Aber wenn man mit vielen Vertretern des Establishments und der Politik hier spricht, werden sie sagen, dass Sri Lanka über viele Jahrzehnte hinweg sehr gute Wachstumsraten hatte. Aber auch hier müssen wir uns die strukturellen Bedingungen ansehen und wie sie sich verändert haben. In den späten 1970er Jahren, als Sri Lanka seine Wirtschaft öffnete, waren beispielsweise der IWF und die Weltbank nur allzu gerne bereit, die Defizite des Landes auszugleichen. Tatsächlich stieg das Haushaltsdefizit des Landes nach der Liberalisierung sogar noch an. Es nahm stark zu, was an den höheren Ausgaben für Großprojekte wie den Mahaweli-Staudamm lag. Aber schließlich erklärte der IWF, man müsse mehr Sparmaßnahmen ergreifen und Privatisierungen durchführen. All das war bereits angelaufen, aber natürlich herrschte auch der Bürgerkrieg. Es war schwierig für Sri Lanka, diese „Big-Bang-Reformen“ wirklich durchzuführen. Aber ironischerweise kam es nach dem Krieg, als all dieses Kapital ins Land floss, zu einer starken wirtschaftlichen Destabilisierung in Sri Lanka. Das hat das Land wirklich auf den Weg in eine Krise gebracht.

TB: Könnten Sie etwas mehr über das damalige Steuersystem und die Maßnahmen von Gotabaya Rajapaksa zu dieser Zeit sagen? Es wurde kritisiert, dass er die Oberschicht nicht ausreichend und die Arbeiter- und Mittelschicht zu stark besteuert und zu sehr unter Druck gesetzt habe. Wie stehen Sie zu diesen Maßnahmen?

DG: Meiner Meinung nach hat dies definitiv nicht erst mit Gotabaya begonnen. Er hat es verschlimmert. Mit Sicherheit hat er es zugespitzt. Bereits seit Ende der 1970er Jahre gab es eine Abkehr von der Umverteilung durch Besteuerung. Wenn man sich die Grafik ansieht, erkennt man eine Stagnation der Einnahmen und einen Rückgang der Einnahmen, sodass sie schließlich, etwa in den 2010er Jahren, bei etwa 12 % des BIP lagen und die öffentlichen Ausgaben bei etwa 20 %. Im Vergleich dazu sind das sehr geringe Beträge, denn eigentlich hätte es in den vergangenen Jahrzehnten eine viel höhere Besteuerung geben müssen, insbesondere der Reichen und vor allem der oberen Mittelschicht. Meiner Meinung nach hat es tatsächlich eine Verschiebung gegeben, eine grundlegende Abkehr von diesen Umverteilungsmechanismen, weil Sri Lanka wieder einmal begann, im Ausland nach Geld zu suchen. Das war der Hauptgrund. Die Idee ist, dass das Geld von woanders herkommt, sodass wir weniger Sorge um die Sicherstellung haben müssen, dass die Reichen, die Investoren aus der Wirtschaft, alle ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen.

Tatsächlich waren diese Bekleidungsunternehmen eine der wichtigsten Exportquellen des Landes. Aber in den Gebieten, in denen sie tätig sind, zahlen sie praktisch keine Steuern, ich weiß nicht, wie hoch die genauen Beträge sind, aufgrund all dieser Konzessionen und Steuerbefreiungen. Der offizielle Körperschaftsteuersatz ist extrem niedrig. Ich glaube, er lag früher bei etwa 14 %. Es gibt eine deutliche Verschiebung bei der Herkunft der Einnahmen. Aufgrund der Tatsache, dass Sri Lanka mehr Kredite im Ausland aufgenommen hat,

insbesondere im kommerziellen Bereich, mussten sie einen viel höheren Zinssatz zahlen. Das ist wirklich der Ursprung der Krise. Gotabaya reduzierte natürlich die Steuer auf die sogenannte Mehrwertsteuer auf Waren. Noch einmal: Die Beträge, die die Menschen im Geschäft bezahlen, sind keine direkten Steuern. Es handelt sich um indirekte Steuern. Aber das ist der Bereich, aus dem der Großteil der Einnahmen Sri Lankas stammt. Etwa 80 % sind indirekte Steuern und nur 20 % direkte Steuern. Ich denke, dies ist ein viel umfassenderes Muster dafür, wie die Öffnung der Wirtschaft zur Abkehr von der Umverteilung der Besteuerung und letztlich zu mehr kommerziellen Krediten beigetragen hat.

TB: Ich gehe davon aus, dass viele der Bekleidungsunternehmen, auf die Sie sich beziehen, ebenfalls transnationale Unternehmen sind. Sie zahlen sehr niedrige Steuern, aber ein Großteil des angehäuften Vermögens fließt nicht durch Sri Lanka, sondern im Wesentlichen in den Westen.

DG: Ja, die offene Wirtschaft, wie wir sie hier nennen, die Ende der 1970er Jahre begann, wurde wirklich auf dem Rücken der Textilarbeiter, der Plantagenarbeiter und der Wanderarbeiter aufgebaut. Sie sind diejenigen, die die Devisen des Landes erwirtschaften. Wie Sie bereits sagten, handelt es sich um transnationale Unternehmen, und ironischerweise sind viele von ihnen tatsächlich sri-lankisch, aber sie haben ihre Geschäftstätigkeit ins Ausland ausgeweitet, um von den niedrigeren Lohnkosten in Ländern wie Bangladesch und Äthiopien zu profitieren. Obwohl sie in Sri Lanka angefangen haben, expandieren sie jetzt ins Ausland. Der springende Punkt ist, dass sie viel weniger Steuern zahlen. Sie haben von den sehr niedrigen Löhnen der sri-lankischen Arbeiter profitiert. Jetzt, in dieser Situation, in der der Westen auch seine protektionistischen Barrieren, seine Zölle und dergleichen erhöht, ist kein plötzlicher Anstieg der Exportnachfrage zu erwarten. Ich denke, das war der Mythos der Liberalisierung. Es hieß: „Okay, ihr zahlt vielleicht weniger Steuern, die Konzerne und so weiter, aber keine Sorge, wir werden mehr Kapital aus dem Ausland anziehen, wir werden mehr Investoren anziehen, und irgendwann werden sie das Land entwickeln.“ J. R. Jayewardene, der Präsident, der die Liberalisierung in Sri Lanka einleitete, sagte bekanntlich: „Lasst die Raubritter kommen.“ Er sagte: „Lasst sie kommen. Wir wollen diese Investoren.“ Nun, in gewisser Weise sind sie gekommen.

TB: Wann war das? Etwa 1979, glaube ich, hat er das gesagt.

DG: Ja, genau. Ende der 70er Jahre. Richtig. Er gewann 1977, aber die Expansion begann erst 1978. Ich weiß nicht mehr genau, zu welchem Zeitpunkt er das gesagt hat, aber es ist ein großartiges Zitat, weil es meiner Meinung nach viel über die Stimmung und die Ideologie aussagt, diese Durchsickerungsideologie. Sie werden ihre Investitionen tätigen, sie werden das Land entwickeln, und dann werden wir mehr Exporteinnahmen erzielen. Ehe man sich versieht, brauchen wir uns nicht einmal mehr um die Umverteilung oder diese Besteuerung zu kümmern. Natürlich hat sich nichts davon bewahrheitet. Zunächst schoben sie die Schuld auf den Bürgerkrieg, was verständlich war. Aber selbst nach dem Bürgerkrieg konzentrierte sich das Kapital, das nach Sri Lanka kam, viel stärker auf Immobilien und Luxusprojekte – nichts davon brachte tatsächlich Erzeugnisse hervor, die das Land exportieren konnte.

TB: Meine nächste Frage, bevor wir uns mit der NPP und der von ihr gebildeten Koalition befassen, ist die tatsächliche Bankrotterklärung unter Rajapaksa im Jahr 2022. Sie haben bereits über die externen Gläubiger und die hohen Zinssätze gesprochen, die Sri Lanka für diese Anleihen zahlen musste. Einige Leute sind der Meinung, dass Rajapaksa zu diesem Zeitpunkt eigentlich keinen Bankrott hätte erklären müssen und dass es möglicherweise andere Finanzierungsquellen gegeben hätte, die er hätte anzapfen können, um die Rückzahlung an diese Gläubiger zu erleichtern. Könnten Sie etwas Licht ins Dunkel bringen und uns Ihre Meinung dazu mitteilen? Wer wären diese anderen potenziellen Finanzierungsquellen gewesen?

DG: Ja, sehr gerne. Die Rajapaksas haben sich keinen Gefallen getan. Als sie sich in dieser Krise befanden, haben sie wirklich alles vermasselt. Sie haben die Wirtschaft absolut schlecht verwaltet. Tatsächlich wurde 2021, wie viele Menschen jetzt wissen, über Nacht ein Verbot von chemischem Dünger verhängt. Sie behaupteten, dies sei notwendig, damit Sri Lanka umweltfreundlicher werden und auf ökologischen Landbau umsteigen könne. In Wirklichkeit war es aber so, dass sie versuchten, Devisen für den Import von Düngemitteln zu sparen. Es gab keinen Plan und sie haben die Nahrungsmittelproduktion, die das Land gerade in diesem Moment brauchte, völlig untergraben, vor allem, wenn man bei Importen sparen muss; man will ja keinen Reis aus dem Ausland einführen müssen. Tatsächlich hatte Sri Lanka Anfang der 1980er Jahre fast vollständige Selbstversorgung bei der Reisproduktion erreicht. Gotabaya hat das völlig untergraben. Sie haben die Wirtschaft wirklich schlecht verwaltet. Dennoch denke ich, dass der zugrunde liegende Impuls, der in diesem Moment notwendig war, darin bestand, deutlich zu machen: „Seht her, das ist eine große Krise. Wir haben jetzt eine wachsende Ernährungsunsicherheit unter den Menschen, insbesondere unter den arbeitenden Menschen. Wir müssen jetzt unsere Importe priorisieren. Wir werden nicht einfach unnötige Waren importieren, auch wenn wir das vielleicht alle wollen, insbesondere die Verbraucher der Mittelschicht in diesem Moment. Wir befinden uns zwar in einer Krise, aber wir brauchen einen Plan.“ Sie hatten keinen Plan. Stattdessen ließen sie weiterhin Importe zu, ließen weiterhin alles ins Land. Sie sprachen wieder vage von Selbstversorgung und von Lebensmittelproduktion. Getan haben sie das nicht. Tatsächlich haben sie es, wie gesagt, mit diesem Düngemittelverbot noch viel schlimmer gemacht. Darüber hinaus versuchten sie, Währungsswaps mit anderen Ländern abzuschließen. Bangladesch zum Beispiel, das hohe Exporteinnahmen hat, was vor allem auf die Bekleidungsindustrie zurückzuführen ist, konnte Rupien in Dollar tauschen, und so gab es all diese Währungsswaps. In Wirklichkeit stand das Land bereits am Abgrund. Was es dann wirklich zum Absturz brachte, war dieser Zahlungsausfall. Aber ich stimme zu, dass der Zahlungsausfall selbst nicht notwendig war. Tatsächlich war es eine sehr schlechte Idee.

Sri Lanka hatte im Jahr 2022, glaube ich, bis Juli 2022 eine Rückzahlung von etwa einer Milliarde Dollar zu leisten. Der Zahlungsausfall erfolgte im April. Monate vor Ablauf der Frist kam es zum Zahlungsausfall. Es war klar, dass hinter den Kulissen ein Prozess in Gang gesetzt wurde. Ich würde dafür plädieren, dass eine forensische Untersuchung durchgeführt wird, um die tatsächlichen Ereignisse in diesem Zeitraum aufzuklären. Durch den

Zahlungsausfall war Sri Lanka plötzlich dem IWF und den Gläubigern ausgeliefert. Wenn man einmal in Zahlungsverzug ist, hat man keine Verhandlungsbasis mehr. Man ist erledigt. Der Handel und die Finanzmechanismen, alles gerät durcheinander. Ich glaube, dass auch Japan nach dem Zahlungsausfall Sri Lankas alle Entwicklungsprojekte eingestellt hat. Dadurch gerieten die Menschen, die in der Nebensaison mit all diesen anderen Bauprojekten ihr Einkommen verdienten, noch mehr unter Druck. Das können Landarbeiter oder andere Leute sein, die im Baugewerbe tätig sind. All das kam nach dem Zahlungsausfall zum Erliegen. Der Industrie- und der Bausektor schrumpften wirklich, und das verschärfte die gesamte Depression.

Auch hier möchte ich nicht sagen, dass die Rajapaksas irgendetwas unternommen hätten, um einen Zahlungsausfall tatsächlich zu vermeiden. Tatsächlich haben sie ihn sogar beschleunigt. Aber ich denke, die rhetorische Darstellung, die viele Ökonomen zu dieser Zeit verwendeten, besagte: „Wir müssen einen Zahlungsausfall hinnehmen, damit wir etwas zu essen auf den Tisch bekommen“, denn zu dieser Zeit kam es zu diesen massiven Warteschlangen für lebenswichtige Güter. Es wurde dabei völlig verschleiert, dass die Bedingungen dieses IWF-Abkommens so schwierig und belastend sein würden, dass selbst wenn die Lebensmittel irgendwann wieder verfügbar sein würden, der Preis stark gestiegen sein würde.

Tatsächlich wurde die Rupie genau zu dem Zeitpunkt, als Sri Lanka zahlungsunfähig wurde, um etwa 40 % abgewertet. Die Zentralbank unter einem neuen Gouverneur erhöhte die Zinssätze um fast das Doppelte oder mehr. All diese kleinen und mittleren Unternehmen gingen bankrott. Die Kosten für alles verdoppelten oder verdreifachten sich. Aber auch hier gilt: Die Mittelschicht, die Menschen, die relativ gut abgesichert sind, können sich vielleicht Brennstoff leisten. Aber was nützt das, wenn das halbe Land hungert und die Armutsquote sich nach Schätzungen der Weltbank von 12 auf 25 % verdoppelt hat? Ich denke, es gibt noch viel mehr zu tun. Ich persönlich halte die Zahlungsunfähigkeit für verfrüht. Ich verwende dieses Wort ganz bewusst, verfrüht, da man in diesen paar Monaten noch etwas für eine bessere Verhandlungsposition hätte tun oder zumindest einen alternativen Plan entwickeln können, der nicht einfach auf dem IWF beruht. Denn was ich noch einmal betonen möchte: Sobald Sri Lanka dem IWF und dem externen Gläubiger ausgeliefert war, hatte es keine Verhandlungsbasis mehr.

TB: Nach Ihrer Aussage klingt es so, als hätte diese vorzeitige Zahlungsunfähigkeit dazu geführt, dass Sri Lanka gewissermaßen unter den Schirm des IWF geriet, anstatt nach anderen Finanzierungsquellen zu suchen, die möglicherweise aus China oder Indien hätten kommen können. Welche Herausforderungen gab es bei der Suche nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Ausland?

DG: Es hat viel mit Geopolitik zu tun, und ich möchte mich nicht zu den Einzelheiten äußern, da ich nicht über alle potenziellen Abkommen Bescheid weiß, die ausgehandelt werden könnten. Aber es ist offensichtlich, dass Indien, zusammen mit den anderen westlichen Ländern, im Gleichschritt vorging und forderte: Ihr müsst zum IWF gehen. Indien hat diese Rettungsleine technisch gesehen auf dem Höhepunkt der Krise verlängert, damit Sri

Lanka wichtige Importe kaufen konnte. Aber in Wirklichkeit denke ich, dass sie aus politischer Sicht eng mit Europa und den USA zusammenarbeiteten und alle meinten, dass man sich an den IWF wenden müsse. China ist natürlich ein interessanter Fall. Wie gesagt, ich stehe dieser ganzen Geschichte mit der Schuldenfalle sehr kritisch gegenüber. Aber natürlich hat auch China seine eigenen Interessen und profitiert auf seine eigene Weise von Situationen wie diesen. Zum Beispiel kam nach dem Zahlungsausfall, nach all dem Gerede, sogar von einem Notverkauf, Sinopec, Chinas größtes Kraftstoffvertriebsunternehmen, ins Land, um Pumpstationen aufzukaufen, die zuvor unter einem nationalen Monopol standen.

Ich finde es interessant zu sehen, wie auf bestimmten Ebenen das globale Bild wie ein Wettbewerb aussieht. USA gegen China oder Europa gegen China. Aber wenn man sich Länder wie Sri Lanka ansieht, denke ich, dass ehrlich gesagt jeder kommt, um Profit zu erzielen. Ich glaube nicht, dass es da wirklich einen Unterschied gibt. Aus geopolitischer und wirtschaftlicher Sicht versucht jeder, aus dieser Krise einen Nutzen zu ziehen. Das ist bedauerlich. Aber die Realität sieht so aus, dass trotz jahrzehntelanger Diskussionen über Entwicklungsfinanzierung und all das, diese nicht wirklich umgesetzt wurde. Die Weltbank betont seit Jahren, dass die konzessionäre Finanzierung für arme Länder erhöht werden muss. Aber auch das andere Problem, und auch dies ist Teil der Infragestellung der Erzählung, des Mythos von Sri Lankas Wachstumsstory, war, dass Sri Lanka als Land mit mittlerem Einkommen eingestuft wurde und daher nicht auf all diese konzessionäre Hilfe zugreifen konnte. Letztendlich konnte es nicht darauf zugreifen. Es ist ironisch, denn auf dem Höhepunkt der Krise begannen all diese Entscheidungsträger zu sagen: „Wir sollten Sri Lanka von mittlerem auf niedrigeres Einkommen herabstufen.“ Was sagt das über Ihr Entwicklungsmodell aus, wenn Sie in einem Jahrzehnt sagen, dass sie auf dem Vormarsch sind und Sri Lanka aufsteigt, oder in einem breiteren Kontext, dass Afrika aufsteigt und all diese Länder aufsteigen, und dann, in dem Moment, in dem eine Finanzkrise eintritt, heißt es: „Okay, wir müssen jetzt herabgestuft werden, weil wir uns keine Kredite mehr leisten können. Wir brauchen Entwicklungshilfe zu Vorzugsbedingungen.“

Ich weiß, dass Länder wie China derzeit Experimente durchführen, z. B. über die New Development Bank, aber ich denke, die Ergebnisse bleiben abzuwarten. Aber insgesamt ist das Hauptproblem, wie ich argumentieren würde, dass es im Inland kaum Bereitschaft für die wirklichen Veränderungen gab, die Sri Lanka brauchte, wozu nicht nur eine Umverteilung der Besteuerung, sondern auch eine Vermögenssteuer gehört. Was ist mit all den Leuten, die all diese Luxuswohnungen und Luxusfahrzeuge gekauft haben? Bevor man im Ausland nach Geld sucht, sollte man sich auch fragen, wo das Geld im Land selbst verteilt wird. Hier herrscht extreme Ungleichheit. Wenn man argumentiert, dass man sich Geld im Ausland leihen muss, dann sollte man sich meiner Meinung nach zuerst die Situation der Reichen hier ansehen. Das wäre mein Argument.

TB: Das von Sri Lanka unterzeichnete IWF-Abkommen erforderte, wie Sie bereits erwähnt haben, die Sozialisierung der Kosten, Maßnahmen wie den Ausverkauf öffentlicher Vermögenswerte, wodurch Druck auf die Arbeiter- und Mittelschicht ausgeübt wurde. In diesem Zusammenhang konnte Dissanayakes NPP eine Zweidrittelmehrheit erreichen. Könnten Sie uns nun, da die NPP in einer Führungsposition ist und eine Mehrheit hat, auch

etwas Aufschluss darüber geben, wie sie Unterstützung aus verschiedenen Teilen der Bevölkerung, von verschiedenen ethnischen Gruppen und aus verschiedenen Klassen gewinnen konnte?

DG: Natürlich. Zunächst möchte ich einen Punkt klarstellen, der separat zu betrachten ist. Ich weiß, dass Leute, die keine alternative Sichtweise hören wollen, oft auf angebliche Ungenauigkeiten oder Aussagen des IWF zurückgreifen, die so nie getroffen wurden. Technisch gesehen sagen sie: „Oh, der IWF hat nie gesagt, dass man einen Notverkauf durchführen muss.“ Wie bitte? Tatsächlich fordern sie eine Erhöhung der Sozialausgaben. Ihr gebt sogar weniger aus, als der IWF verlangt.

Ich möchte das abschließend zusammenfassen. Das primäre Überschussziel des IWF – was bedeutet, dass die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist – ist meiner Meinung nach so belastend, dass man mitten in einer Depression, also wenn die Wirtschaft buchstäblich schrumpft, der Regierung vorschreibt, ihr Budget zu kürzen. Und das ist verheerend. Seit John Maynard Keynes haben Ökonomen herausgefunden, wie verheerend es ist, wenn nicht nur unsere privaten Investoren, sondern auch die Regierung sich zurückzieht. Woher soll dann das Geld kommen? In einem solchen Klima der Unsicherheit werden die Menschen nicht investieren. Wir haben diese Ergebnisse erlebt. Auch wenn jetzt von einer Erholung die Rede ist, liegt Sri Lanka weit hinter dem wirtschaftlichen Verlauf vor der Krise zurück. Ich möchte deutlich machen, dass ich nicht sage, dass der IWF vorschreibt, was man tun soll. Ich sage, dass die strukturellen Bedingungen es praktisch unmöglich machen, einen anderen Kurs als den der Sparsamkeit zu verfolgen. Das ist es. Es ist Sparsamkeit. Dann trat diese neoliberal ausgerichtete Regierung an, die natürlich sehr bemüht war, dem IWF zu gefallen. Sie waren natürlich mehr als bereit, über Notverkäufe und alles andere zu sprechen, was sie ihnen aufzwingen konnten. Aber auch hier denke ich, dass alles völlig unrealistisch war und von extrem fehlerhaften makroökonomischen Prognosen abhing. Das wurde natürlich bestätigt. Darüber haben viele Menschen diskutiert, darunter auch der ehemalige leitende Ökonom des IWF, Peter Doyle, der in Präsentationen zu diesem Thema in Bezug auf Sri Lanka dargelegt hat, wie außerordentlich unrealistisch und belastend die primären Überschussziele des IWF sind. Ich würde die Menschen darauf hinweisen, wenn sie weitere Informationen wünschen.

Was nun die NPP betrifft, so denke ich, dass die NPP in erster Linie ein Projekt ist, um ihre wichtigste konstituierende Partei, die JVP, von ihrer Vergangenheit zu unterscheiden. Die Janatha Vimukthi Peramuna, oder Volksbefreiungsfront, die JVP, wie sie genannt wird, hat ihren Ursprung in einer Jugendrevolte, im Grunde genommen in den 1970er Jahren. 1971 beteiligten sie sich an einem Aufstand. Ende der 1980er-Jahre kam es dann zu einem weiteren, weitaus brutaleren und blutigeren Aufstand, der vom Staat natürlich mit Todesschwadronen und Paramilitärs niedergeschlagen wurde. Die JVP hat eine sehr blutige Vergangenheit. 1994 kehrte sie in die parlamentarische Demokratie zurück und etablierte sich im Wesentlichen als legitime politische Partei. Sie bedienten sich immer noch vieler nationalistischer Rhetorik der singhalesischen Buddhisten.

Sie befürworteten alle eine Beendigung des Krieges durch eine militärische Lösung. Sie waren alle wild entschlossen gegen das, was sie als Einmischung des Westens betrachteten. Sie waren extrem nationalistisch. Aber es ist schon kurios, denn nach dem Krieg hatten die Rajapaksas, wie ich bereits sagte, ihre Macht gefestigt, und plötzlich wurde der JVP klar, oh, das ist schlecht. Sie begannen, Rajapaksa und dessen Tendenz zum Autoritarismus viel kritischer zu betrachten. Ehe sie sich versahen, hatten sie eine Basis in der Mittelschicht und eigentlich auch unter Fachleuten, Menschen, die nach einer „nicht korrupten“ Alternative suchten. Aber dennoch haftete ihnen der Ruf an, mit Gewalt und Aufständen in Verbindung gebracht zu werden. 2019, wenn ich mich nicht irre, haben sie diese Koalition, die National People's Power, NPP, gegründet. Sie sind praktisch die treibende Kraft, aber es gibt auch kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Gruppen; ich glaube, auch eine Anwaltsvereinigung gehört dazu, und alle arbeiten zusammen, aber in erster Linie unter der Führung der JVP.

Ich sage das nicht, um Verdacht zu erregen. Ich impliziere in keiner Weise, dass die JVP zu ihrer gewalttätigen Vergangenheit zurückkehren wird, obwohl es im Vorfeld dieser Wahl, gerade in Bezug auf die rote Gefahr, viel Panikmache gab. Aber ich sage nur, dass sich die Zusammensetzung der Klasse tatsächlich geändert hat. Sie haben viel mehr Unterstützung aus der Mittelschicht erhalten. Man versuchte, Investoren für sich zu gewinnen. Das änderte auch die Prioritäten. Sie waren viel eher bereit, sich der bestehenden neoliberalen Wirtschaft anzupassen. Das wird sicher zur Sprache kommen, wenn wir über ihre aktuelle Richtung diskutieren. Sie haben im Wesentlichen versucht, ihr Image zu mäßigen. Aber dennoch muss man sich fragen, wie verrückt es ist, dass Anura Kumara Disanayake 2019 bei dieser Wahl ebenfalls für das Präsidentenamt kandidierte. Bei der Präsidentschaftswahl 2019 erhielt er nur etwa 3 % der Stimmen. Fünf Jahre später hatte er bereits über 40 % oder wie hoch die erste Präferenzstimme auch immer war. Dann, wie Sie sagten, bei den Parlamentswahlen, die im November stattfanden, gewannen sie eine Zweidrittelmehrheit. Diese Partei hatte im vorherigen Parlament drei Sitze. In einem einzigen Wahlzyklus von 3 auf 60 % der Stimmen bei den Parlamentswahlen zu kommen, ist beispiellos.

Ich glaube, das hat viele Menschen inspiriert, was sie als Ablehnung des alten Systems und definitiv als Ablehnung der alten politischen Klasse betrachteten, die von den beiden größten Parteien Sri Lankas dominiert worden war. So wie es in den USA Demokraten und Republikaner gibt, gibt es in Sri Lanka die Sri Lanka Freedom Party und die United National Party. Dann gab es noch eine Reihe von Ablegern, aber im Wesentlichen kommen sie alle aus denselben beiden politischen Lagern. Die NPP ist dagegen diese dritte Kraft, die in dieser Form noch nie dagewesen ist. Und jetzt haben sie die Macht. Aber ich denke, dass es dafür zwei Erklärungen gibt. Zum einen ist da die Frustration der Menschen über die Sparmaßnahmen und die Wirtschaftskrise, aber auch diese enorme politische Öffnung, die mit der sogenannten Aragalaya, dem Kampf im Jahr 2022, einherging. Damals sah man all diese Menschen, die das Präsidialsekretariat, die Villa, stürmten. Es gibt einige ikonische Bilder von Menschen in Schwimmbädern. Das hat wirklich die Macht des Volkes demonstriert. Ich denke, das ist auch etwas, von dem die NPP definitiv profitiert hat.

TB: Das war Teil eins meines Gesprächs mit Devaka Gunawardena. In Teil zwei werden wir die Chancen und Herausforderungen besprechen, mit denen die Linke in Sri Lanka konfrontiert ist. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org